

Wenn der Schlaf den jungen Autofahrer einholt

Gefahr Innert weniger Tage verunfallten zwei Neuliker, weil sie einnickten. Müdigkeit ist eine häufige Unfallursache und wird doch oft unterschätzt.

VON MANUEL BÜHLMANN

Für einen kurzen Augenblick fallen die Augen zu - und schon ist es passiert. Sekundenschlaf, die Horrorvorstellung aller Autofahrer. In der Nacht auf Samstag kam ein 21-Jähriger in Frick von der geraden Strasse ab und prallte gegen einen Betonsockel; am frühen Montagmorgen rammte der BMW eines 20-Jährigen in Buchs einen Pfosten und kollidierte mit dem Masten einer Ampel. Zwei Unfälle, eine Ursache: Die Neuliker sind am Steuer eingnickt. Beide Männer hatten Glück im Unglück: Der 20-Jährige verletzte sich leicht, der 21-Jährige blieb gar unverletzt.

«Müdigkeit ist im Strassenverkehr ähnlich gefährlich wie Alkohol», warnt die Beratungsstelle für Unfallverhütung (Bfu) und schätzt, 10 bis 20 Prozent aller schweren Unfälle im Strassenverkehr seien darauf zurückzuführen. Deren Anteil sei in der offiziellen Statistik zwar tiefer, das dürfte aber auch damit zu tun haben, dass die meisten Leute nicht unbedingt zugeben würden, in fahrungsunfähigem Zustand am Steuer gesessen zu sein, erklärt Uwe Ewert, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Bfu.

101 annullierte Ausweise

Insgesamt war Übermüdung 2015 im Kanton Aargau 129 Mal die Unfallursache, wie aus der aktuellsten Verkehrsunfallstatistik hervorgeht. Die Kantonspolizei Aargau teilt auf Anfrage mit, die Statistik gebe keine Auskunft darüber, wie oft welche Altersgruppen aus welchem Grund einen Unfall verschuldet haben. Unabhängig von der Ursache



Am Steuer eingeschlafen: Ein 20-Jähriger verliert in Buchs die Kontrolle und prallt gegen einen Pfosten. Der Neuliker wird nur leicht verletzt. KAPO

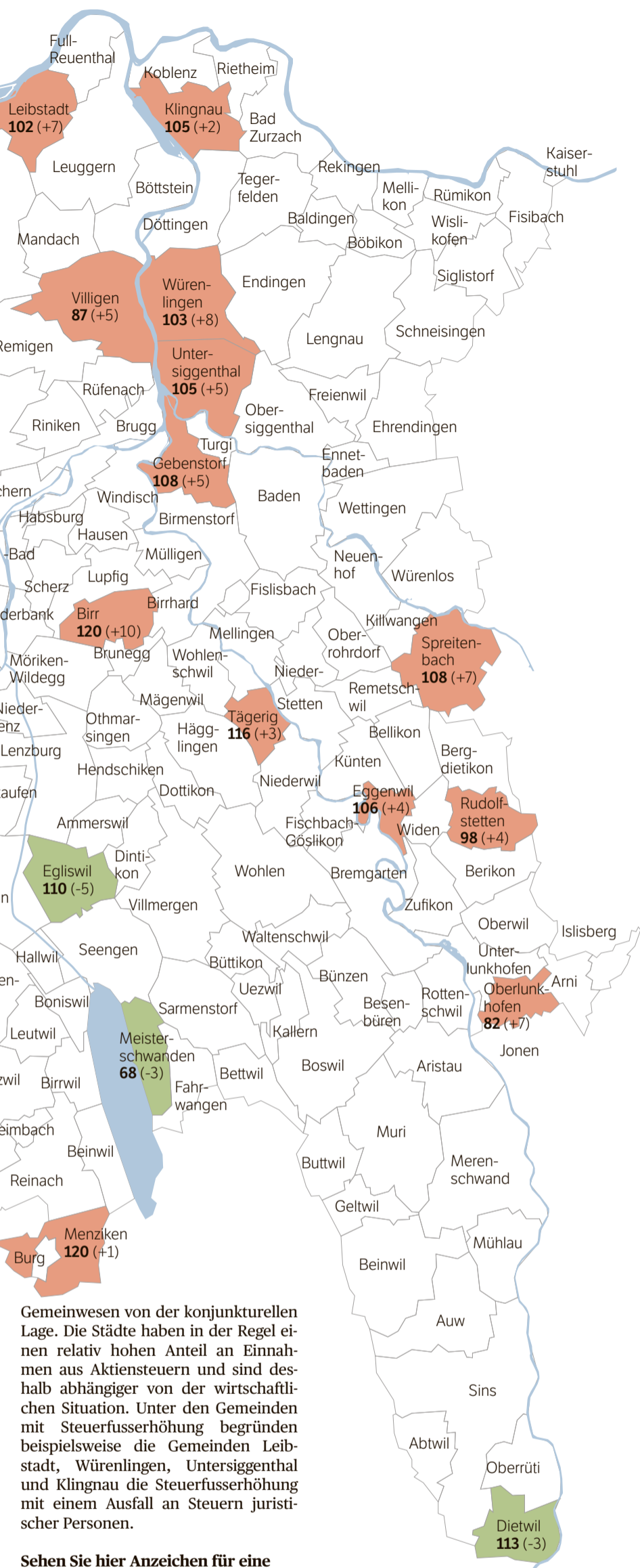


Auf gerader Strecke in Frick von der Strasse abgekommen und gegen einen Betonsockel gefahren. Unfallursache: Der Fahrer nickte kurz ein. KAPO

steht fest: 64 Autofahrer, die den Führerausweis weniger als ein Jahr besaßen, verursachten einen Unfall mit Personenschaden - deutlich häufiger als jene Fahrzeuglenker mit mehr Erfahrung. 13 Unfälle waren es etwa bei der Gruppe, deren Fahrprüfung fünf Jahre zurückliegt. Insgesamt stellt die KAPO in ihrem Bericht fest: «Die Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen verursachten mit einem Anteil von 13,6 Prozent die meisten Unfälle.» Schweizweit wurden 2015 15 Führerausweise auf Probe wegen Übermüdung annulliert - wie viele davon im Aargau, ist nicht bekannt. Insgesamt mussten 101 Aargauer Neuliker ihr Billett wieder abgeben.

Kapo-Sprecherin Barbara Breitschmid sagt: «Übermüdung am Steuer ist nicht

nur bei jungen Autofahrern zu beobachten, aber vielleicht können sie die Gefahr schlechter einschätzen und machen seltener eine Pause.» Uwe Ewert sagt: Nicht nur unerfahrene Fahrer unterschätzen die Gefahr. Ob und wann Sekundenschlaf eintritt, lässt sich nicht vorhersagen. Wichtig ist deshalb, die Anzeichen rechtzeitig zu erkennen: Wenn man sich zwingen muss, die Augen offen zu halten oder schon mal die Fahrspur verlassen hat. «Das sind gravierende Warnzeichen», sagt Ewert. Dann sei es Zeit für einen Stop mit Kaffee und anschliessendem Nickerchen. Was nichts bringt: Fenster öffnen und Radio aufdrehen. Barbara Breitschmid Rat deshalb: «Sobald Sie sich müde fühlen: Anhalten und eine Pause einlegen.»



Gemeinwesen von der konjunkturellen Lage. Die Städte haben in der Regel einen relativ hohen Anteil an Einnahmen aus Aktiensteuern und sind deshalb abhängiger von der wirtschaftlichen Situation. Unter den Gemeinden mit Steuerfusserhöhung begründen beispielsweise die Gemeinden Leibstadt, Würenlingen, Untersiggenthal und Klingnau die Steuerfusserhöhung mit einem Ausfall an Steuern juristischer Personen.

Sehen Sie hier Anzeichen für eine positive Trendwende?

Verschiedene Prognoseinstitute gehen davon aus, dass die Schweiz per Ende 2016 den Frankenschock mehr oder weniger überwunden hat. Nichtsdestotrotz finden im Industriesektor nach wie vor grosse Umwälzungen statt, unter anderem mit dem Ziel die Produktionskosten zu senken. Dies könnte sich, mit zeitlicher Verzögerung, in einer weiteren Reduktion bei den Steuern der juristischen Personen auswirken.

Könnten Fusionen oder mehr Zusammenarbeit einzelne Gemeinden entlasten?

Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern haben im Durchschnitt einen höheren Steuerfuss als Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern. Mit einer Fusion oder einer vermehrten Zusammenarbeit können Kostenvorteile resultieren, sodass die Pro-Kopf-Kosten gesenkt werden können. Allerdings ist darauf zu achten, dass diese Kostenvorteile nicht durch eine Erhöhung des Leistungsstandards zunichte gemacht werden. Voraussetzung für die Erzielung von Kostenvorteilen im Verbund mit anderen Gemeinden ist ein anhaltend restriktives Kostenmanagement.

793

Franken pro Einwohner betrug die Steuerkraft im Aargau 1975. Bis 2015 stieg sie auf 2605 Franken, also um 228 Prozent.

60

Prozent beträgt der aktuell niedrigste Steuerfuss. Diesen hält wie bisher Oberwil-Lieli. Am oberen Ende der Skala steht - auch wie bisher - Schwaderloch mit dem höchsten Steuerfuss von 126.

SP-Fraktion fordert volle Transparenz beim AKW Leibstadt

Sicherheit Das AKW Leibstadt steht derzeit still. Die SP will wissen, was genau geht. Derweil verzögert sich das Wiederanfahren des Werkes.

2015 wurde im Atomkraftwerk Leibstadt (KKL) festgestellt, dass ein Brennstab-schaden aus dem Jahr 2014 auf «Dryout» zurückzuführen sei. Bei einem Dryout seien die Brennstäbe nicht mehr vollständig von Wasser umschlossen, da das Wasser bereits in Dampf übergegangen ist. Dies hält die SP-Fraktion des Grossen Rates (Sprecher ist Max Chopard) in einer Interpellation zum AKW Leibstadt fest. Solche trockenen Stellen heizen sich in der Folge stark auf und oxidieren (rosten) beschleunigt, schreibt die Fraktion weiter. Bei der Jahresrevision 2016 seien erneut beschädigte Brennelemente im grösseren Umfang entdeckt worden. «Da ist ein gravierendes Problem im Bereich des betrieblichen Verhaltens dieses Reaktors aufgetreten,» zitiert die Fraktion dazu aus den Medien Horst-Michael Prasser, Professor für Kernenergiesysteme an der ETH Zürich.

Jetzt wollen die Sozialdemokraten von der Regierung etliche Fragen beantwortet haben. Sie wollen wissen, ob der Regierungsrat die Ansicht teile, dass bei einem solchen Ereignis im sicherheitsrelevantem Umfeld atomarer Anlagen folgende drei Punkte zentral sind:

- Volle Transparenz gegenüber Behörden und Öffentlichkeit schaffen,
 - Ursache erkennen und beheben bevor man die atomare Anlage wieder hochfährt,
 - Kein Kompromiss bei der Sicherheit aufgrund eines Kostendrucks.
- Gegenüber der «Rundschau» des Schweizer Fernsehens habe das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat bestätigt, dass es bereits 2014 zu einem Zwischenfall im AKW Leibstadt gekommen sei, welcher gar zu einem Leck eines Hüllrohrs geführt habe. Dabei sei offenbar auch Radioaktivität in den Kühlkreislauf freigesetzt worden. Die SP fragt:
- Was konkret wurde 2015 zur Behebung der Ursache der mangelhaften Kühlung unternommen?
 - Wieso trat das Problem der mangelhaften Kühlung der Brennelemente 2016 erneut auf?
 - Konnte zwischenzeitlich die Ursache

vollständig geklärt und das Problem vollständig behoben werden?

Schliesslich will die SP wissen, ob die Regierung ausschliessen könne, dass aufgrund des Kostendrucks Kompromisse bei der Sicherheit gemacht werden.

Wiederanfahren verzögert sich

Das KKL hat im Dezember eine innerbetriebliche Planung verabschiedet, derzufolge das Kraftwerk voraussichtlich Mitte Februar wieder ans Netz gehen soll. Das habe man der Strombörse in Leipzig so gemeldet, gestern Morgen aber realisiert, dass dies unrealistisch sei, da «das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat für die verschiedenen Freigabeschritte mehr Zeit benötigt». So bestätigt KKL-Sprecherin Karin Giacomuzzi einen Bericht von TA online. Gestern Nachmittag rechnete man in Leibstadt damit, dass das Werk Freitags wieder ans Netz gehen kann. Diese Information gab man auch der Strombörse, wo diese Daten öffentlich zugänglich sind. Voraussetzung für das Wiederanfahren ist natürlich, dass das Ensi dafür grünes Licht gibt. Wenn es soweit ist, «werde man dies aktiv kommunizieren», so Giacomuzzi. (MKU)

Umfrage zum Milizsystem

Gemeinderatslöhne: Leichter Vorteil für Gautschy

Der Vorschlag der Gemeindeamnen-Vereinigung (GAV) für höhere Gemeinderatslöhne wird mittlerweile über die Kantonsgrenze hinaus diskutiert. Die Hofer Kommunalmanagement AG in Dietikon hat in ihrem Newsletter an Gemeinderäte, Gemeindeglieder

und Interessierte in der ganzen Schweiz eine Umfrage durchgeführt. Resultat: Die Argumente von GAV-Präsidentin Renate Gautschy für eine Erhöhung der Entschädigungen sind leicht im Vorteil. 42 Prozent der Antworten finden, Gautschy habe recht. Die

meisten von ihnen finden, das Amt sei zu wenig attraktiv wegen der tiefen Entlohnung. 30 Prozent sind dagegen. Sie fürchten unter anderem, mehr Geld schade dem Milizsystem. Die restlichen 28 Prozent haben ihre Meinung noch nicht gemacht. (AZ)